

Rudolf Heß in Bochum

„Ich glaube an keine Kriegsgefahr“

Der Stellvertreter des Führers, Reichsminister Rudolf Heß, hielt in Bochum im festlich geschmückten Depot der Straßenbahn vor etwa 40 000 Personen eine bedeutsame Rede. Anknüpfend an den Tag der nationalen Solidarität, betonte er, es sei ein besonderes Gebot, den Kriegsverletzten und den Opfern der Arbeit auch materiell zu helfen und so zu danken. Auf lange Sicht könne — bei aller Notwendigkeit heute — das Winterhilfswerk keine endgültige Lösung bedeuten, vielmehr sei es Deutschlands großes Ziel, die Wirtschaft so gesund und ertragreich zu gestalten, daß jeder, der arbeiten will, Arbeit und damit Verdienst in ausreichendem Maße findet, und darüber hinaus dem Staat die Mittel zuliefern, die ihm eine wirklich großzügige Alters- und Invalidenversicherung ermöglichen.

Die außenpolitische Lage streifend sagte Rudolf Heß: „Wir Deutsche können mit Ruhe der außenpolitischen Entwicklung entgegensehen. Wir tun alles, um eine ruhige europäische Entwicklung mit herbeiführen zu helfen.“ Zur Frage des Kriegsgeredes äußerte sich Rudolf Heß:

„Ich glaube an keine akute Kriegsgefahr, ich glaube auch nicht, daß es verantwortungsbewußte Politiker, die wahre Beauftragte ihrer Völker sind, gibt, die zu einem Kriege treiben.“

Aber es gibt Interessenten am Mißtrauen der Völker. Das sind Leute, denen jedes Mittel recht ist, wenn sie ein kleines Wortfeuerwerk für ihre Eitelkeit entzünden können. Und dazu dient ihnen auch das An-die-Wand-malen von Kriegsgefahr. Das sind ferner Emigranten, die, innerlich und äußerlich vaterlandslos, nur ein Ziel haben: Raube an den Völkern, die sie ausgestoßen haben. Sie können nur im Trüben fischen. Sie können als die Verachteten aller Völker nur im Hintergrunde sticheln, sie können hegen und lügen und mit Kriegsgerede Unruhe schaffen, sonst haben sie keinen politischen Zweck! Diese Herren betreiben ihr Handwerk unter dem Motto: „Deutschland rüstet auf, Deutschland gefährdet die Welt, wir hingegen müssen ihr den Frieden erhalten!“ Den Frieden auf der Welt erhalten die anständigen Soldaten viel eher als böswillige Zeitartikler.

Wir haben mit Freuden gesehen, daß bei den Vertretern der Auslandspresse, die sich aufrichtig um ein Kennenlernen Deutschlands bemühen, ein wachsendes Maß von Verständnis für das neue Deutschland vorhanden ist. Ich halte es für richtig, öffentlich den Wert einer anständigen Berichterstattung für die Beruhigung der Völker festzustellen.

Bezüglich der deutsch-französischen Situation stellte Rudolf Heß fest: Wir Deutsche sind heute nicht mehr der Meinung, daß Frankreich, wie wir es besonders zur Zeit des Ruhreinbruchs glauben mußten, die Vernichtung unseres Landes mit allen Mitteln betreibt. Eine veränderte Stellung Frankreichs zu Deutschland hat natürlich auch eine erfreuliche Aenderung der Einstellung Deutschlands zu dem Problem „Frankreich“ mit sich bringen können.

Heute glauben wir, daß eine Verständigung mit Frankreich tatsächlich möglich ist, und wir werden durch die Reden und Besuche französischer Frontkämpfer und durch die Antworten von Frontkämpfern anderer Länder auf unsere Friedensparole bestärkt.

Alle Völker haben für Elende und Hilfsbedürftige zu sorgen; man wird sich bemühen, Hilfe zu bringen. Diese wird aber nur dann von Dauer sein, wenn die wirtschaft-

liche Gesundheit in der Welt herbeigeführt wird. Notwendige Vorbedingung ist aber immer Vertrauen!

Mugnieser des Krieges

Die wichtigsten Geschützfabriken der Welt.

Je mehr die Diplomaten vom Frieden reden, desto stärker rüsten ihre Länder für den nächsten Krieg. Wie im Weltkrieg, wird auch im nächsten Kriege der Artillerie eine sehr wichtige Rolle zufallen, nur mit dem Unterschied, daß es jetzt auch eine Artillerie in der Luft gibt und selbst die schwersten Geschütze auf gepanzerten Wagen mit starken Motoren ihre frühere Schwerfälligkeit abgelegt haben. Die größten Geschützwerke der Welt befinden sich in England, Frankreich und in den Vereinigten Staaten. Zwei der größten Kanonenschmieden der Vorkriegszeit, Krupp in Essen und Pusilow in Petersburg, haben sich teils gezwungenermaßen, teils freiwillig auf Friedensarbeit umgestellt; die Pusilowwerke können allerdings schnell wieder in Geschützfabriken verwandelt werden, was bei Krupp nicht möglich ist, da nach dem Kriege bekanntlich sämtliche Maschinen in Essen, die zur Herstellung der Geschütze benötigt wurden, vernichtet werden mußten.

Ueber den weitläufigen englischen Vickers-Werke in der Grafschaft Kent lagern tagsüber beständig schwere, dunkle Wolken, die nachts einen rötlichen Schein ausstrahlen. Hier wird Tag und Tag gearbeitet, der Lärm der Arbeit erleidet keine Pausen, selbst Sonntags nicht — bei aller Pietät, die der Engländer sonst dem Sonntag entgegenbringt. Beständig rieselt ein feiner Staub aus Kohle und Eisen zu Boden und hüllt die ganze Gegend in einen schwarzen Schleier. Bis zum Ende des Weltkrieges spielten die Armstrong-Werke in der Rüstungsindustrie eine große Rolle in England, doch nach dem Kriege gerieten sie in große Schwierigkeiten und gingen schließlich in die Vickers-Werke auf. Der neue, von dem ehemaligen Griechen Zaharoff gegründete Trust führt heute den Namen Vickers-Armstrong.

Was Vickers für England, bedeutet Schneider-Creuzot für Frankreich. Schon vor dem Kriege machten die Geschütze von Schneider-Creuzot Krupp in allen Erdteilen schwere Konkurrenz. Die gesamte Artillerie der Franzosen entflammt diesen Werken, die im Kriege 300 000 Tonnen Stahl im Jahre verbrauchten. Nach dem Kriege kauften Schneider-Creuzot schwerindustrielle Werke in Lothringen auf und bemächtigten sich der Geschützfabriken in den Nachfolgestaaten von Oesterreich-Ungarn. In allen diesen Werken wird ebenfalls mit Ueberdichten gearbeitet.

Die größte Geschützwerkstätte in U.S.A. befindet sich in einem Städtchen, das i. Jt. von Herrnhutern gegründet wurde und den biblischen Namen „Bethlehem“ erhielt. Der amerikanische Kanonengigant Charles M. Schwab ist ebenso wie die Schneider-Creuzot deutscher Abstammung. Heute ist Bethlehem eine gewaltige Stadt mit Hunderten von feuerpeinenden Schloten; ein Lärm erfüllt die Gegend, als ob eine große Schlacht entbrannt wäre — auch hier wird unermüdlich für die „Sicherung des Friedens“ gearbeitet. Während Tausende von Fabriken in den Vereinigten Staaten stillliegen, hier in Bethlehem floriert das Geschäft wie noch nie.

das Geß die Schaffung eines Haftungsfonds für privatrechtliche Ansprüche an leitende Bankangestellte vorsieht. Bei zahlreichen Bestimmungen des Geßes wird sich eine praktische Handhabung erst einspielen müssen. Dies gilt besonders von der Bilanzkontrolle und der durch das Geß zur Pflicht gemachten größeren Publizität. Bekanntlich gibt das „Reichsgeß über das Kreditwesen“ (Bankgeß) dem Reichswirtschaftsminister eine Fülle von Befugnissen gegenüber den Banken und ihrer Geschäftsgebarung. Das Organ des Ministers wird der Reichskommissar für Bankwesen sein. Da zahlreiche Rechte in das Ermessen des Ministers (bzw. Reichskommissars) gestellt sind, kann manche Frage erst durch die Praxis beantwortet werden.

Es wird wohl keinen loyal empfindenden Vertreter der Wirtschaft geben, der sich nicht aufrichtig freuen würde, wenn es durch das neue Geß gelingt, unsolide Elemente aus dem Bankgeschäft ein für allemal auszumerzen. Da die Bezeichnung „Bank“ früher vogelfrei war, mußten es sich die soliden Vertreter des Gewerbes gefallen lassen, daß sie oft mit recht üblen Elementen auf eine Stufe gestellt und in einem Atem genannt wurden. Das neue Bankgeß räumt hier zum Besten des realen Bankgewerbes wie im Interesse der Volkswirtschaft und des deutschen Sparerers mit diesen Elementen auf und schafft neues Vertrauen und neuen Mut zum Sparen, zur zweckmäßigen Anlage des privaten Kapitals bei den Banken und Sparkassen. Das aber gerade ist der Zweck des neuen Bankgeßes: Die Sparkapitalien des deutschen Volkes reiflos in den Kreislauf der deutschen Wirtschaft zu leiten und so das Kreditwesen auf eine gesunde Grundlage der eigenen Kraft zu stellen.

Botschaft des Kirchenrats

Sammlung aller positiven Kreise.

Der Kirchenrat, zur Leitung der Evangelischen Kirche der altpreußischen Union berufen, hat einmütig folgende Entschließung gefaßt, die allen Kirchengemeinden zur Kenntnis gegeben wird: Die Evangelische Kirche der altpreußischen Union ist durch die Verordnung vom 20. November 1934 kirchen- und staatsrechtlich wieder auf ihre frühere verfassungsmäßige Grundlage gestellt worden.

Dem ungeachtet hält sie nach wie vor an dem großen Ziel der einigen Deutschen Evangelischen Kirche fest und wird an der Verwirklichung dieser Aufgabe mit allen Kräften arbeiten. Den Kirchenrat, der so viel Verlust an Ansehen und Wirkung der Evangelischen Kirche mit sich brachte, sind wir fest entschlossen, in eine Richtung zu wenden, die die Erben der Reformation wieder hoch und groß sprechen läßt von den Dingen ihres Glaubens. Das höchste Gebot unseres Herrn und Meisters, dessen heilbringende Geburt wir uns anschauen, wieder zu feiern, und die hohe Verantwortung vor der Volksgemeinschaft fordern es so von uns.

Diese Neuordnung wollen wir durchführen auf dem Boden des Rechts, wie ihn die Kirche der altpreußischen

Union in ihren auch staatlicherseits anerkannten Organen der Leitung und Verwaltung besitzt.

Wir wollen und wünschen, daß sich alle, die guten Willens sind, mit uns auf diesen Weg des Rechts begeben. Wir wissen und erkennen an, daß nach den Kämpfen und Spannungen des letzten Kirchenjahres jedem, dem das Herz schwer wurde über aller Not, Zeit zu lassen ist zum Wiedergewinn innerer Freude und Bereitschaft, mitzutun und mitzuhandeln.

Ein jeder, der endgültiges Unheil von der Kirche der Reformation abwenden will, muß aber wissen, daß auch die Liebe nicht leben kann ohne Ordnung und Zucht. So fordern wir auf zur Sammlung aller positiven Kräfte.

Landesbischof Wurm gerechtfertigt

Berlin, 9. Dezember.

Kirchenamtlich wird mitgeteilt: Das von der Staatsanwaltschaft gegen Landesbischof D. Wurm und Oberkirchenrat Dr. Schaufberger, Stuttgart, eingeleitete Ermittlungsverfahren ist durch Einstellungsbescheid beendet worden. Damit ist festgestellt, daß sich beide Herren keiner ehrenrührigen und strafbaren Handlung schuldig gemacht haben.

Italienisch-abessinische Grenzämpfe

Schwere Verluste auf beiden Seiten.

London, 9. Dezember.

Wie Reuter aus Addis Abeba zu dem gemeldeten italienisch-abessinischen Zwischenfall erfährt, ist der abessinische Geschäftsträger in Rom beauftragt worden, bei der italienischen Regierung schärfsten Protest gegen die Besetzung abessinischer Gebiete durch italienische Truppen zu erheben und Aufklärung über diese Vorfälle zu verlangen.

Wie Reuter berichtet, haben eingeborene Truppen aus Italienisch-Somaliland mit Tanks, Flugzeugen und Artillerie und unter dem Kommando italienischer Offiziere die abessinische Begleitmannschaft einer englisch-abessinischen Kommission bei Adual überfallen. In dem darauffolgenden Gefecht zwischen italienischen und abessinischen Truppen auf dem Gebiet von Italienisch-Somaliland sind nach abessinischer Darstellung 60 Italiener getötet und 400 verwundet worden, während die Verluste der Abessinier an Toten und Verwundeten auf 100 beziffert werden.

Wie Reuter aus Rom meldet, hat die italienische Regierung wegen des Zwischenfalles bereits bei der abessinischen Regierung protestiert. Nach italienischer Darstellung hat eine abessinische Truppenabteilung bereits vor zwei Tagen mit Gewehren, Maschinengewehren und einem kleinen Geschütz die Grenzen von Somaliland überschritten und die italienischen Grenzposten angegriffen.

Die italienisch-abessinische Spannung geht, wie Reuter weiter berichtet, darauf zurück, daß die Abessinier vor einiger Zeit die Besetzung der Grenze verweigert haben, die Italiener hätten ihre Grenze verlegt. Eine andere Quelle der Reibungen liegt darin, daß Abessinien Japan große Konzessionen für den Aufbau von Baumwolle und andere wirtschaftliche Vorteile gewährt hat, die nach italienischer Auffassung dem italienisch-abessinischen Vertrag zuwiderlaufen.

Wie erinnertlich, war es bereits Ende November zu einem ersten italienisch-abessinischen Zwischenfall gekommen. Das italienische Konsulat in der abessinischen Stadt Gondar war von Eingeborenen überfallen worden, wobei ein Uskar der Konsulatswache getötet und drei weitere verletzt wurden. Der Zwischenfall wurde feinerzeit freundschaftlich beigelegt.

Politische Rundschau

Stapellauf des kleinen Kreuzers „Mürnberg“.

In Anwesenheit des Chef der Marineleitung, Admiral Dr. h. c. Raeder, des Reichsstatthalters von Bayern, General von Epp, des Gauleiters von Franken, Julius Streicher, und anderer hervorragender Persönlichkeiten lief auf den Deutschen Werken in Kiel ein neuer kleiner Kreuzer der Reichsmarine vom Stapel. Das Schiff wurde von der Gattin des in der Falklandinselschlacht gefallenen Kapitäns zur See von Schönberg auf den Namen „Mürnberg“ getauft. Die Taufrede hielt der Oberbürgermeister von Nürnberg, Oberführer Liebel.

Dr. Ley besichtigt ein Barackenlager der DAF.

Reichsorganisationsleiter Dr. Ley besichtigte eines der von der Deutschen Arbeitsfront in Auftrag gegebenen und kurz vor ihrer Fertigstellung stehenden Barackenlager an der Reichsautobahnstrecke Berlin—Stettin. Gemeinsam mit seinem Stellvertreter Schmeer erschien Dr. Ley überraschend in dem im Bauabschnitt Eberswalde gelegenen Lager Werbellin, um sich von der zweckentsprechenden und hygienisch einwandfreien Anlage und wohnlichen Ausgestaltung dieses DAF-Lagers zu überzeugen. Dem Wunsch des Führers entsprechend, soll durch die von der Deutschen Arbeitsfront hergestellten neuen Barackenlager eine wesentliche Verbesserung der Unterkunftsverhältnisse gerade der Reichsautobahnarbeiter an der Strecke Berlin—Stettin gewährleistet werden.

Todesurteil gegen Wiener Kommunisten.

Ein Wiener Schwurgerichtshof hatte sich mit einer Anklage gegen den 34jährigen Kraftwagenfahrer Ditschneider zu befassen, der beschuldigt wird, zehn scharf gemachte Bomben in seinem Besitz gehabt zu haben. Ditschneider, ein leitendenschaftlicher Parteigänger der Kommunisten, wurde für schuldig erkannt und zum Tode durch den Strang verurteilt. Sechs bulgarische Kommunisten hingerichtet.

Wie von amtlicher Seite mitgeteilt wird, sind sechs Kommunisten durch den Strang hingerichtet worden. Sie waren vor zwei Wochen vom Militärgericht in Philippopol wegen Zellenbildung innerhalb der dortigen Garnison zum Tode verurteilt worden. Auf Anordnung des Staatsanwalts waren je zwei der Verurteilten nach Philippopol, Karlowo und Stara-Sagora gebracht worden, wo die Vollstreckung der Todesurteile erfolgte. Unter den Gehetzten befanden sich fünf ehemalige Soldaten.

Noch 34 Tage bis zur Saarabstimmung!